

# Nachricht

der Bürgerfraktion

SONDERAUSGABE

## Schluss mit der Maskerade



Grit Gnauck als Old Lady in „Candide“, der komischen Operette von Leonard Bernstein

Nikolaustag 2007 – wieder einmal steht eine Entscheidung zur Staatsoperette Dresden an. Die Ausschreibung am Wiener Platz ist gescheitert – sie mußte scheitern!

Die im Jahr 2004 als Verhandlungsbasis benannte Miete in Höhe von 1,4 Millionen Euro wurde seitens der CDU als absolute Obergrenze festgeschrieben. Nur so waren sie bereit, der Ausschreibung zu einer Mehrheit zu verhelfen. Die eigentlich geplante Auslagerung zum Beispiel der Malräume und der Werkstätten, die den

Bau erheblich verbilligt hätten, wurde nicht mehr zugelassen und die Baunebenkosten, die nach dem Modell von Oberbürgermeister Ingolf Roßberg die Aufbaugesellschaft Prager Straße übernommen hätte, wurden nun direkt der Stadt zugerechnet. Angesichts dessen ist es schon fast infam, wenn der Finanzbürgermeister Vorjohann Herrn Roßberg vorwirft, mit falschen Zahlen gerechnet zu haben. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Herr Vorjohann schon vor Beginn der Ausschreibung einem Investor ver-

sprochen hat, dort ein Einkaufszentrum bauen zu dürfen, falls die Ausschreibung zufällig scheitern sollte.

Was soll nun entschieden werden? Die Vorlage nennt zwei Optionen: Die Kooperation mit dem Staatsschauspiel oder die „Ertüchtigung“ des Hauses in Leuben.

Es ist traurig oder mitleiderregend oder beides, dass das Kooperationsmodell sowohl durch den Kulturbürgermeister als auch den Finanzbürgermeister nun wieder einmal ins Spiel gebracht wird. Alle maßgeblichen Entscheidungsträger beim Staatsschauspiel, bei der Operette und beim Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst haben dieses Modell als Unsinn verworfen.

Wer dagegen die Sanierung in Leuben will, der setzt den Bestand des Hauses aufs Spiel. **Ein rekonstruiertes Provisorium bleibt ein Provisorium! Leuben hat als Standort keine Perspektive!** Der Kulturpalast hat uns vor Augen geführt, welche Dimensionen eine solche Sanierung annehmen kann. Auch finanziell ist die Ertüchtigung alles andere als einsichtig: Nach bisheriger Planung wird eine halbwegs sinnvolle Sanierung ca. 10 Millionen Euro kosten. Dazu kommt, dass der freiwillige Gehaltsverzicht der Mitarbeiter dann nicht greifen würde, macht noch einmal 14 Millionen

mehr. Gleichzeitig ist damit jede Einnahmesteigerung ausgeschlossen, da die Kapazität des Gebäudes nicht erhöht werden kann.

**Es gibt nur eine sinnvolle Lösung: Die Staatsoperette muss ins Zentrum, und zwar als eigenständiges Musiktheater.** Alles andere bedeutet Augenwischerei oder Selbstbeschwichtigung, vertanes Geld, vertane Zeit und den Tod auf Raten.

Angesichts der Odyssee, die die Operette in den letzten Jahren nun schon hinter sich hat, muss endlich gehandelt werden. Damit würde alles wieder von vorn beginnen und wieder viel Zeit vertan werden. Die schnellste und wahrscheinlich beste Lösung ist der Neubau der Operette auf einem kommunalen Grundstück unter Regie

der Stadt, vielleicht auch in Kooperation mit dem Freistaat. Erste Pläne dafür gibt es bereits. Aber auch das

Mietmodell, wenn man es gemeinsam will, hat noch eine Perspektive.

Christoph Hille

*„Plus und Minus gegeneinander auszurechnen hat noch nichts mit politischem Gestalten zu tun. Und aus gut gefüllten Kassen zu schöpfen ist keine Kunst. Der Anspruch des politischen Gestaltens beginnt dort, wo es gilt, trotz unbequemer Bedingungen etwas zu leisten, was über dem Durchschnitt des Üblichen liegt und was man in der Welt zeigen kann. Die Frauenkirche ist ein Beispiel, wie das geht. Und für eine Stadt wie Dresden gehört es sich, an diesem Level anzusetzen. Was denn sonst?“*

*Ordentliche Gehsteige, funktionierende Straßenbeleuchtung und sehr schöne Haltestellen gibt es auch in Crimmitschau und Mengersgereuth-Hämmern und Ruppendorf, und das ist gut so und man freut sich darüber und kann, zumindest hier im Osten noch, stolz darauf sein. Für die Weltgeltung oder den Ruf einer Kunststadt reicht es nicht.“*

Prof. Wilfried Krätzschar zur Aktuellen Stunde im Stadtrat am 15. November 2007

## Die Bürgerfraktion fordert:

# Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung haushaltsneutral gestalten



**Seit 2001 hat Dresden diese Satzung. Grund dafür: Überschuldung.**

**Seit 2004 ist die Stadt schuldenfrei. Die Beitragsatzung ist nicht mehr nötig. Sie muss weg!**

### Was heißt haushaltsneutral?

Bei Wegfall der etwa 3,0 Millionen Euro Einnahmen kann man das nicht, wie es die FDP fordert, über Mehreinnahmen beim Verkauf kommunaler Grundstücke regeln. Diese Beträge müssen im Haushalt des Straßen- und Tiefbauamtes eingespart werden, zu Lasten geplanter Ausbaumaßnahmen. Keine Abstriche dabei an Instandsetzungsmaßnahmen.

Im Übrigen: Wir verstehen nicht, warum die FDP zur vergangenen Stadtratssitzung ihren Antrag auf Abschaffung nicht so favorisiert hat, dass er in der Sitzung

behandelt werden konnte. Damit ist der Änderungsantrag unserer Fraktion, der eine sofortige Stundung der bereits erlassenen Bescheide und eine sofortige Aussetzung neuer Bescheide zum Inhalt hatte, ohne eine Chance auf Abstimmung gewesen.

Wir sind für die Abschaffung aller unnötigen Gebühren und Beiträge, die die Bürger unverhältnismäßig und ungerecht belasten. Wir fordern nach wie vor eine Senkung der Grundsteuer in Dresden und werden uns dafür einsetzen, dass aus der Beitragsatzung eine Straßenausbausatzung wird. Warum? Wir möchten sicherstellen, dass bei Straßenbaumaßnahmen die betroffenen Anwohner, Händler und Gewerbetreibenden vor Beginn des Baus informiert, gehört und deren Meinungen akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass am Ende der Maßnahme steht: Straße hervorragend ausgebaut – Gewerbefläche dank Insolvenz zur Vermietung frei!

Christoph Hille

## Ein Lehrstück

# Dresdner Demokratie

Nach einer Vorlage der Dresdner Stadtverwaltung vom 30. August 2007 sollte der Bauausschuss darüber entscheiden, in einem „beschleunigten Verfahren“ einen **Bebauungsplan für eine Schwimmhalle** am ehemaligen Straßenbahnhof Bühlau aufzustellen.

Das muss verwundern, denn der Stadtrat hatte bereits am 6. Oktober 2005 den Oberbürgermeister beauftragt und diesen Beschluss am 9. Februar 2006 noch einmal konkretisiert, bis zum Juni 2006 (!) mögliche Standort-Ausstattungs- und Größenvarianten für den Bau eines Kombibades im Dresdner Nordosten vorzulegen.

Diese Beschlüsse wurden mit der so eingereichten Vorlage völlig ignoriert. Es gibt keinerlei Vergleiche von Standorten oder deren finanziellen Auswirkungen. Noch dazu macht die Verwaltung aus dem **beschlossenen Kombi-Bad** eine Schwimmhalle.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass uns nach inzwischen fast zwei Jahren keinerlei Variantenvergleiche vorgelegt werden (können) bzw. dass nicht einmal plausibel begründet wird, warum dieser Standort jetzt favorisiert wird.

In einem Gespräch beim Baubürgermeister Feßenmayr am 9. Februar 2007 habe ich verschiedene Standortvarianten, beispielsweise **am Ullersdorfer Platz, das ehemalige Freibad Bühlau, den Straßenbahnhof Bühlau und den Platz an der B6 zwischen Bühlau und Weißig** angesprochen. Leider musste ich bei diesem Gespräch zu der dringenden Vermutung kommen, dass auch anderthalb Jahre nach der Auftragserteilung es im gesamten Geschäftsbereich Stadtentwicklung keine konkreten Pläne oder Verhandlungen mit den verschiedenen Grundstückseigentümern gab.

Am 23. August dieses Jahres teilte mir der Oberbürgermeister auf eine schriftliche Anfrage hin mit, dass durch die Verwaltung in diesen inzwischen zwei Jahren drei mögliche Standorte geprüft wurden. **Ergebnisse dazu lagen aber leider noch nicht vor.** Auf meine Anfrage im Stadtrat vom 20. September 2007 erhielt ich die Ant-

wort, dass u.a. der Neubau eines Bades am Ullersdorfer Platz daran scheitern würde, dass dort auch ein möglicher Standort einer Kita und einer Grundschule sein könnte. Leider haben wir bis heute keine schriftliche Bestätigung dieser Pläne. Und selbst bei Umsetzung dieses, auch von mir ausdrücklich zu unterstützenden Vorhabens, ist eine Schwimmhalle dort denkbar. **Gerade diese Konstellation, Kindergarten, Grundschule, Gymnasium und Bad, spricht ja für diesen Standort.**

Durch die Straßenbahnlinie 11 und die Buslinie 61 wäre der Ullersdorfer Platz aus dem Schönfelder Hochland, von Blasewitz, Strehlen, Striesen und aus der Neustadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln hervorragend erreichbar. Im Haushalt 2007/2008 sind die finanziellen Mittel für Planung und Bau vorhanden und es könnte begonnen werden. Das Geld ist da, nur leider gibt es bisher keinerlei konkrete Planung. Vor allem im Blick auf die äußerst prekäre Schwimmhallensituation in Dresden fehlt mir dafür jedes Verständnis.

Vorprogrammiert war die, für mich auch absolut nachvollziehbare, ablehnende Reaktion des Ortschaftsrats Schönfeld/Weißig auf die Vorlage der Verwaltung. Laut Eingliederungsvereinbarung sollte ursprünglich diese Schwimmhalle am Rande von Weißig entstehen. Der Ortschaftsrat hat dann der Bitte (!) der Landeshauptstadt zugestimmt, dieses Bad

im Dresdner Nordosten zu errichten. Wenn nun aber die zukünftige Schwimmhalle für die Weißiger nicht mal direkt mit Bus oder Bahn zu erreichen ist, stellt sich schon die Frage, warum der Ortschaftsrat dem zustimmen sollte. Man könnte annehmen, dass es da auch innerhalb der CDU sehr unterschiedliche Interessen gibt und die Entscheidung nicht nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten gefällt wird.

Also leider wieder mal ein **trauriges Beispiel dafür, dass eine schöne Investition nicht sachpolitisch entschieden werden soll, sondern für**

[www.photocase.de/soundboy](http://www.photocase.de/soundboy)



**politische Ränkespiele herhalten muss.** Und wieder ist der Bürger der Leidtragende.

Das enttäuschendste aber ist, dass große Teile des Stadtrats diese Spiele auch noch mitspielen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau hat dieser Vorlage am 26. September 2007 mehrheitlich zugestimmt.

# Bürgerfraktion

Die Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat hat sich nach der Stadtratswahl 2004 zusammengeschlossen und besteht aus sechs Stadträten.

Aufgrund unserer demokratischen Grundüberzeugung akzeptieren wir immer auch die Meinungen anderer und diskutieren auf der Sachebene. Wir sind der Meinung, dass sich Kommunalpolitik nicht parteipolitischen Ideologien unterordnen darf.

## Postanschrift:

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Telefon: (03 51) 488 23 83

Telefax: (03 51) 488 23 84

E-Mail: buergerfraktion@dresden.de

Internet: www.buergerfraktion-dresden.de

- mit den Straßenbahnlinien: 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 (Haltestelle Pirnaischer Platz, bzw. Prager Straße)
- mit den Buslinien: 75 und 82 (Haltestelle Pirnaischer Platz und Prager Straße)
- mit dem PKW: Parkplätze am Dr.-Külz-Ring und an der Kreuzstraße (Tarifzone I, 20 Minuten kosten 50 Cent) oder natürlich zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad

## Besuchsadresse:

Neues Rathaus  
Dr.-Külz-Ring 19, Zimmer 1/211

## Sprechzeiten:

dienstags zwischen 10 und 12 Uhr  
mittwochs zwischen 15 und 18 Uhr  
sowie nach Vereinbarung.

## Wissenwertes:

Zur Kommunalwahl 2004 erreichten parteilose Kandidaten und Wählervereinigungen ein Gesamtergebnis von 24,4 % und wurden damit nach der CDU zur zweitstärksten Kraft im Freistaat.

In insgesamt 174 Städten und Gemeinden, also mehr als einem Drittel aller Kommunen in Sachsen, errangen Parteilose 2004 die absolute Mehrheit, also mehr als 50 % aller Stimmen.

Seit 1990 sind parteiunabhängige Wählervereinigungen die einzige politische Kraft im Freistaat, die ihr Ergebnis zu jeder Kommunalwahl verbessern konnte.



# Gestalten *statt* Verwalten

Am 10. November 2007 trafen sich in Meißen die Stadträte der Bürgerfraktion mit Vertretern parteiloser Fraktionen aus den kreisfreien Städten Sachsens zu einem Erfahrungsaustausch.

Dabei stand nicht nur die Problemanalyse des derzeitigen Parteiensystems in der real existierenden repräsentativen Demokratie auf der Tagesordnung, sondern vor allem mögliche Synergieeffekte bei einer verstärkten Kooperation parteiloser Mandatsträger.

Einstimmig einigte man sich auch darauf, im **Jahr 2008 eine Konferenz aller parteilosen Fraktionen in Sachsen** zu organisieren. Neben der Bürgerfraktion Dresden wird auch der Landesverband der Freien Wähler Sachsen die Federführung bei der Organisation dieser Veranstaltung übernehmen.

**Unser gemeinsames Ziel ist es, Parteiideologie soweit wie möglich aus der Kommunalpolitik herauszudrängen.** Wir brauchen und wollen keine Machtworte aus Berlin oder der Staatskanzlei, die die kommunale Selbstverwaltung über den Umweg der Parteien untergraben. In der Kommunalpolitik richten Parteiideologen mehr Schaden an, als sie jemals einen Nutzen hatten. Wenn nicht mehr der Sachverstand im Vordergrund steht, sondern die Ausrichtung der Partei, wenn die Lösung konkreter Probleme der Stadt in den Hintergrund tritt und statt dessen die Ausrichtung der

Partei vertreten wird, dann sind Kommunalpolitiker nicht mehr in der Lage, im Interesse ihrer Stadt zu handeln – auch wenn sie das oft und gern behaupten.

Der Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum des Stadtrats ist begrenzt. Wenn dann noch sinnvolle Vorstöße nur deshalb torpediert werden, weil sie vom politischen „Gegner“ kommen oder wenn Anträge eingereicht werden, die einzig das Ziel haben, mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, wohlwissend, dass sie gar nicht umsetzbar sind, dann ist das definitiv keine Politik im Sinne der Bevölkerung.

**Wir wollen eine starke und mündige Bürgerschaft, denn die Staatsgewalt geht vom Volke aus, nicht von den Parteien.** Die Schaukämpfe der Bundespolitik haben in den Kommunen nichts zu suchen. Kommunalwahlen sind Personenwahlen, keine Parteiwahlen. Das heißt: Jeder Stadtrat wird direkt vom Volk gewählt. Und dem ist er auch verpflichtet – keiner Partei!

Dieses Verantwortungsbewusstsein der lokalen Politiker für die Menschen ihrer Stadt wieder zu wecken, ist das gemeinsame Ziel der Teilnehmer an unserem Treffen in Meißen. Dieses Ziel – eine Sachpolitik ohne ideologische Scheuklappen – werden wir mit ganzer Kraft weiter verfolgen – gemeinsam mit Gleichgesinnten in ganz Sachsen.